

Deutschland gewährt in der EU am häufigsten Asyl

Es verwundert kaum, aber nach wie vor gewährt Deutschland innerhalb der EU den meisten Personen Asyl. Wie die Statistikbehörde Eurostat mitteilte, wurden in der Union 538.000 Menschen als „schutzberechtig“ anerkannt. Fast ein Drittel davon kam aus Syrien. Weitere wichtige Herkunftsländer waren Afghanistan und der Irak. Auf Deutschland entfielen dabei über 60 Prozent aller anerkannten Bewerber. In absoluten Zahlen waren das 325.370 Menschen. Mit großem Abstand folgen Frankreich mit 40.575, Italien mit 35.130, Österreich mit 33.925 und Schweden mit 31.235 anerkannten Asylbewerbern. Dabei ist auch von Bedeutung, dass Deutschland im Verhältnis zur Bevölkerung das Land mit den meisten Anerkennungen war. So wurden in Deutschland pro einer Million Einwohner 3.945 Menschen aufgenommen. Konsequenter waren dabei andere EU-Staaten: in der Slowakei waren es nur zehn Anerkennungen pro einer Million Einwohner, in Tschechien und Polen jeweils 15 Anerkennungen. Ungarn, das sich gegen eine EU-weite Umverteilung von Asylbewerbern wehrt, kam immerhin auf 130 Anerkennungen pro einer Million Einwohner. Die Anerkennungsquote hing dabei vom aufnehmenden Land und der Staatsbürgerschaft der Asylbewerber ab. In erster Instanz reichte die Chance auf eine Anerkennung in der EU von rund 5 Prozent für albanische Staatsbürger bis zu 94 Prozent für Syrer und 92 Prozent für Bürger aus Eritrea. Von den sogenannten „anerkannten Schutzsuchenden“ erhielten EU-weit rund 271.600 den Flüchtlingsstatus und 189.000 eingeschränkten subsidiären Schutz. 77.500 weitere bekamen eine Aufenthaltserlaubnis aus angeblich humanitären Gründen.

Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Zahl der abgelehnten Asylanten weiterhin hoch ist und kaum Abschiebungen erfolgen.

Kirchenasyl kippen- keine Freiräume für Kriminelle

Immer wieder flüchten angelehnte Asylanten in Kirchen, um sich so ihrer Abschiebung zu entziehen. Jetzt befasst sich ein Gericht mit dem Problem des sog. Kirchenasyls. Hintergrund war, dass erneut ein Asylant sich der Abschiebung entziehen wollte und in einem Kirchengebäude Unterkunft fand. Jetzt ist der Nigerianer wegen unerlaubten Aufenthalts in Deutschland angeklagt. Das Oberlandesgericht (OLG) soll klären, ob Kirchenasyl strafbar ist. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geht davon aus, dass derzeit rund 700 Personen in Deutschland im Kirchenasyl leben. Zwischen BAMF und Kirchen gibt es eine Vereinbarung: Personen im Kirchenasyl werden nicht abgeschoben. Für die Staatsanwaltschaft hat das keine Bedeutung. Sie hat jetzt den Nigerianer wegen

unerlaubten Aufenthalts im Bundesgebiet angeklagt. Das Amtsgericht Freising sprach den Afrikaner in erster Instanz frei. Die Staatsanwaltschaft Landshut will die Frage grundsätzlich klären und ging in Revision zum OLG.

Islam und der Hass auf Juden

Eine weitere Folge der Islamisierung unseres Landes zeigt sich darin, dass nicht nur Christen in Deutschland angegriffen werden, sondern auch Juden. Nach der jüngsten Attacke im Prenzlauer Berg fordert der Zentralrat der Juden nun ein Ende falsch verstandener Toleranz. Anlass für die Aktion ist ein Vorfall im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg am 17. April. Ein 21-jähriger Israeli und sein Freund waren von drei arabisch sprechenden Männern antisemitisch beschimpft worden. Einer der Männer hatte auf den 21-Jährigen mit einem Gürtel eingeschlagen. Der mutmaßliche Täter, ein Palästinenser aus Syrien, der seit 2015 in Deutschland lebt, sitzt in Untersuchungshaft. In Berlin, Potsdam, Magdeburg und Köln sind daraufhin Hunderte Menschen dem Aufruf der Jüdischen Gemeinde gefolgt und haben sich zu Solidaritätskundgebungen versammelt. Viele von ihnen trugen dabei die Kippa. In seiner Rede warnte Schuster vor dem wiedererstickten Antisemitismus in Deutschland. "Wer sich den Spielregeln widersetzt, die unser Grundgesetz festlegt, der darf nicht mit Toleranz rechnen". Eine jüdische Demonstration in Berlin-Neukölln wurde abgebrochen, weil sich die Teilnehmer durch Passanten bedroht fühlten. Einer der Störer entriss einem Demonstranten eine Israel-Fahne. In der Gegend um den Hermannplatz leben viele Araber.

Deutsche Arbeitnehmer und die Steuerlast

Die Menschen in Deutschland tragen im internationalen Vergleich weiter eine enorme Last an Steuern und Sozialabgaben. Das gilt besonders für kinderlose Alleinstehende. Deutschland besteuert Arbeit so stark wie kaum ein anderes Land. Das geht aus einem Vergleich der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor. Die OECD berechnete für 2017 z.B. die Steuern- und Abgabenlast für kinderlose Alleinstehende: Kinderlose Alleinstehende führten 2017 durchschnittlich 49,7 Prozent ihres Arbeitseinkommens an den Staat ab - einschließlich des Arbeitgeberanteils an den Sozialabgaben. Das ist ein Anstieg um 0,3 Prozent gegenüber dem Jahr zuvor. Unter den 35 der OECD-Staaten liegt nur noch Belgien vor Deutschland. Der OECD-Schnitt liegt bei 35,9 Prozent.

Die hohen Kosten für „minderjährige“ Asylanten

Bundesweit gehen die Ausgaben in die Milliarden. Je nach Kommune kosten sogenannte „minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“ zwischen 50.000 bis 70.000 Euro pro Jahr. Dabei ist bei vielen angeblich Minderjährigen das Alter oftmals unklar, denn fehlende Ausweispapiere lassen nur eine Schätzung zu. Möglich wäre eine ärztliche Untersuchung, um das tatsächliche Alter festzustellen. Der Großteil der Kommunen verzichtet jedoch hierauf oder lässt solche Untersuchungen nur zu, wenn Zweifel an dem Alter bestehen. Hintergrund der falschen Altersangaben sind aber nicht nur die verbesserten Unterbringungen und sonstigen Bonusleistungen, die die vermeintlich unbegleiteten minderjährigen Personen erhalten, sondern auch der Abschiebeschutz. Eine Rückführung dieser Asylbewerber ist nahezu unmöglich, selbst innerhalb der EU. Nicht anders sieht es im Bereich des Strafrechts aus. Kriminellen ist hier eine mildere Verurteilung nach Jugendstrafrecht lieber, als das schärfere Strafrecht für Erwachsene.

Der verwendete Begriff des „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings“ ist dabei weit ausgelegt; 43 Prozent sind auch nach offiziellen Angaben schon erwachsen. Ohne Eltern eingereiste Ausländer dürfen jedoch über das 18. Lebensjahr hinaus in der Jugendhilfe bleiben. Nach Angaben des Städte- und Gemeindebunds erlaubt es das SGB, erwachsene Ausländer bis zum 27. Lebensjahr durch die Kinder- und Jugendhilfe zu betreuen.

REP -Aktivitäten in Schleswig-Holstein

Unter dem Motto „Durchstarten und in Schleswig-Holstein wieder Flagge zeigen“ melden sich die Republikaner im nördlichsten Bundesland zurück und verzeichnen erste Erfolge. In den kommenden Wochen und Monaten werden verschiedene Werbeaktivitäten gestartet und ein REP-Stammtisch eingerichtet. Interessierte Bürger können sich an den Landesverband wenden, wenn sie sich politisch in Schleswig-Holstein einbringen wollen: sh@rep.de

REPUBLIKANER mit einer Spende unterstützen

Unsere Partei steht vor enormen Aufgaben. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung! Es gibt viele Möglichkeiten sich für uns einzusetzen. Sei es durch die Verteilung von Werbematerial, durch eine Mitgliedschaft, oder durch eine Spende. Im Zeitalter der Mediengesellschaft hängt die Kampagnenfähigkeit unserer Partei von unseren finanziellen Möglichkeiten ab. Deshalb sind Spenden an unsere Partei unverzichtbar. Denn nur so können auch wir unsere Arbeit für unser Land und für unsere Demokratie leisten. Zuschauer hat unser Land genug. Benötigt werden Mitspieler. Jeder kann einen Teil zur zwingend notwendigen Veränderung beitragen. Wir versenden natürlich nach Geldeingang eine Spendenbescheinigung, damit Sie die Spende steuerlich geltend machen können.



HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen

Veränderung leisten.

Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>**



Spenden für
Deutschland >



Kontakt:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Hamburg:** Die Hamburger Republikaner führen monatliche Informationsabende durch. Interessenten können sich für eine Einladung an die Geschäftsstelle wenden: kontakt@rep.de
- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises, z.B. Bruchsal, am 24.04.18, 18.30 Uhr; Wiesental, 29.04.18, 10.00 Uhr. Weitere Informationen über den Kreisverband: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Politischer Stammtisch, jeden ersten Montag. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de
- **Kreis Aachen:** Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Anfragen an: kontakt@rep-nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve. Infos unter: kleve@rep.de
- **Bautzen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. **10,00 € monatlich**, bzw. **5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen**. Die Aufnahmegebühr beträgt **10 €**.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.